

Rüdiger Machetzki

Ostasien und Indien: Auf dem Weg zu einer neuen Entwicklungszukunft?*

1 Vom „globalen Jahrhundert“

Unter den für Asien zuständigen Sachwaltern der internationalen Wirtschaftsorganisationen – das gilt insbesondere für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, aber auch für die Asiatische Entwicklungsbank und die Mehrheit der Analysten der weltweit agierenden kommerziellen Finanzinstitute – hat sich seit Anfang 2000 wieder Optimismus ausgebreitet. In den asiatischen Wirtschaftsgesellschaften gehe es, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, augenscheinlich erneut bergauf. Mehr noch: Zahlreiche Beobachter zeigen sich geradezu demonstrativ überzeugt, dass die tiefgreifende Krisenphase der dritten großen Schlüsselregion der Weltwirtschaft der Vergangenheit angehöre. In der Zwischenzeit könne man sogar eine Reihe veritabler Anzeichen dafür registrieren, dass die pazifisch-asiatische Region ihre globalen Positionen ungeachtet aller krisenbedingten Entwicklungsrückschläge während der nächsten Jahrzehnte weiter ausbauen werde. Mit anderen Worten: Ostasien, d.h. Nordost- und Südostasien, werde die dynamischste Region im globalen Wirtschaftsgeschehen bleiben und überdurchschnittlich expandieren. Das muss nicht unbedingt für jede einzelne Volkswirtschaft gelten, wohl jedoch für die überwiegende Mehrheit.

Tatsächlich ließe sich in verkürzter Form – gleichsam als vorweggenommenes Fazit – einräumen, dass die Summe aller Argumente und Gegenargumente, die während der letzten beiden Jahre zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Ostasien gezogen worden ist, eher gegen die von Skeptikern erhobene These spricht, man müsse mit einem Nachlassen der beschleunigten wirtschaftshistorischen Entwicklungen in der Großregion rechnen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber sollte man sich die aus den Krisenerfahrungen heraus gewonnene Skepsis gegenüber der euphorischen Riege der „Asienbewunderer“ nicht nehmen lassen. Waren doch deren Mitglieder noch bis Mitte 1997 nicht müde geworden, die Botschaft von der baldigen absoluten Vormachtstellung Ostasiens in der Welt zu verkünden. Solche Ankündigungen waren weder zweckdienlich noch realistisch, und sie sind es auch heute nicht. Zudem stehen sie auch im Widerspruch zur neuen Nachdenklichkeit unter vielen ostasiatischen Politikern und Wirtschaftsführern.

Es scheint außer Zweifel zu stehen: Selbst wenn Ostasien in einer weiteren Zukunft rein statistisch ein wesentlich höheres Wirtschaftsaufkommen als der gesamte transat-

lantische Wirtschaftsraum aufweisen sollte, was durchaus möglich erscheint, würde erheblich mehr dazu gehören, die Rolle des überlegenen „Gravitationszentrums“ der Weltwirtschaft (und der Weltpolitik) zu übernehmen. Trotz aller Ansätze zur nachhaltigen Belebung der bislang unverbindlichen Visionen von einer künftigen gesamtregionalen Kooperationsgemeinschaft ist der ostasiatische Großraum weit von der dafür notwendigen politischen und wirtschaftlichen Geschlossenheit und Ordnungssicherheit entfernt. Bereits vor zehn Jahren hatte das renommierte OECD Forum for the Future („Long-Term Prospects for the World Economy“, OCDE/GD (92) 68) mit Blick auf diese Frage treffend diagnostiziert: „Economic gravity in this context needs to be measured not only in terms of economic weight (i.e. share of world GNP), but also in terms of the ability to use the weight effectively in international negotiations.“

Was sich hinter dieser nüchtern-analytischen Aussage verbirgt, hat der australische Asienfachmann George Hicks in aller Deutlichkeit beschrieben. Bereits 1995 hatte er in klarer Widerrede zum damals geradezu inflationär angekündigten „asiatischen Jahrhundert“ vom „Myth of the Asian Century“ gesprochen:

The idea that the 21st century will be an Asian century is one of the stranger fantasies ever to grip the Western imagination. I say 'Western' deliberately. Most Asians, except the prominent few who have their own self-serving motives, do not believe in an Asian century. They are too aware of the economic, ecological, political and demographic barriers they face.¹

In der Tat spiegelt die Botschaft vom kommenden asiatischen Jahrhundert bewusst oder unbewusst grundlegende Denkkategorien der Vergangenheit wider, nach denen es zwangsläufig immer einen großen Führer geben müsse. Angesichts der zunehmend komplexer werdenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungsvorgänge in der Welt scheinen diese „Denkgewohnheiten wider die Zukunft“ jedoch unter wachsendem Realitätsverlust zu leiden. Das 21. Jahrhundert wird ein „globales Jahrhundert“ sein, ein Jahrhundert der großen gegenseitigen Wandlungszwänge, in dem Ostasien – das versteht sich von selbst – eine maßgebliche Schlüsselrolle spielen wird, und es wird ein Jahrhundert der globalen Zusammenarbeit sein. Wenn nicht, dann würde Samuel E. Huntingtons exzentrisches Gedankenspiel zum „clash of civilizations“ im Nachhinein doch noch bestätigt werden.

2 Konsens, Konflikt und zurück?

Wenn es um die Beurteilung der langfristigen Entwicklungsaussichten großer „Wirtschaftsstandorte“ geht, stehen gemeinhin „harte“ und um der Vergleichbarkeit willen quasi „genormte“ Grundkriterien wie Kostenaspekte, Arbeitsbeziehungen, Wettbewerbsintensität, Regulierungsdichte der Faktormärkte (insbesondere Arbeitsmarkt), unternehmerische Innovationsfähigkeit, Organisationskompetenz usw. zur Ausarbeitung so genannter systemischer Referenzrahmen im Zentrum der Betrachtung. Das ist zwar notwendig, aber nicht immer hinreichend.

¹ *The Asian Wall Street Journal*, 26.10.1995.

Darüber hinaus scheint es sinnvoll, auch solche Grundtatbestände in den Beurteilungsprozess einfließen zu lassen, die – wie man leider zugestehen muss – wenig konkreter Natur und folglich statistisch-empirisch nur wesentlich schwerer zu erfassen sind. In der Regel handelt es sich dabei um Fragen nach den komplexen Wechselwirkungen zwischen verschiedenen, oft grundlegend widersprüchlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren und den möglichen Einflüssen dieser Wirkungszusammenhänge auf die Gesamtentwicklung eines „Standortes“, in diesem Fall der ostasiatischen Wirtschaftsregion.

Im Mittelpunkt solcher Überlegungen sollte vor allem das weite Untersuchungsfeld der wirtschaftlichen Potenziale und der politischen Stabilität stehen. Genauer: Inwieweit existiert in Ostasien ein regional-politisches Stabilitätsklima, das günstige Voraussetzungen für die nachhaltige Realisierung der zweifelsohne vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale zu schaffen vermag, und, falls diese Voraussetzungen (noch) nicht zu erkennen sind, ist innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahrzehnte mit einer deutlichen Verbesserung der allgemeinen Rahmenbedingungen zu rechnen? Die Beschäftigung mit diesen Fragen ist allein schon deswegen von erheblicher Bedeutung, weil „politische Stabilität“ letzten Endes „Ordnungssicherheit“ bedeutet, d.h. Orientierungs- und Realisierungssicherheit, und das sowohl auf der Ebene der nationalen wie transnationalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik als auch – und keineswegs minder wichtig – auf der Ebene des privatwirtschaftlichen Unternehmertums, denn Investitions- und Standortentscheidungen sind immer auch – zumindest indirekt – Entscheidungen mit politischer Reichweite.

Im Zusammenhang mit Überlegungen dieser Art lassen sich insgesamt sieben verschiedene Problemfelder aufzeigen, die sich auf die langfristigen Entwicklungsaussichten der einzelnen Volkswirtschaften in Ostasien und damit auch der gesamten Region potenziell negativ auswirken können – im Jargon der amerikanischen Sozialwissenschaften so genannte „limitational factors“.

2.1 Problemfeld 1: Sicherheitspolitische Stabilitätsrisiken

Unter Fachleuten, die sich der Diskussion sicherheitspolitischer Themen verschrieben haben, gilt es als wenig mehr denn eine Binsenweisheit, dass die Asien-Pazifik-Region eine Weltregion mit relativ hohen sicherheitspolitischen Stabilitätsrisiken darstellt. Die Zahl mehr oder weniger brisanter Konfliktpotenziale scheint geradezu Legion. Der Tatbestand als solcher ist bekannt, aber er wird erstaunlicherweise zu selten unter dem spezifischen Blickwinkel erörtert, welchen einschränkenden Einfluss die zahlreichen ungelösten territorial-politischen Konflikte sowie die unterschiedlichen nationalen Wahrnehmungen dieser Konfliktfelder und die konträren politischen Ambitionen einzelner Akteure auf die Entwicklung der Gesamtregion ausüben bzw. ausüben könnten. Vor Jahren hat sich der Autor bemüht, unter dem Titel „The Impact of Regional Heterogeneity – Understanding the Forces of Tension in East Asia“ darzulegen, warum diese Widersprüche und Gegensätze geradezu zwangsläufig ein verhältnismäßig ho-

hes Maß an Unsicherheit bei Voraussagen zu wichtigen Entwicklungstrends der Region zur Folge haben. Dies gilt zumindest im Vergleich zur transatlantischen Euro-US-Region, die trotz aller ihr eigenen Differenzen sowohl politisch als auch wirtschaftlich ein wesentlich „homogeneres Bild“ bietet.

Verkürzt konstatiert: Ostasien ist eine Weltregion mit relativer Orientierungs- und Realisierungsunsicherheit, die spekulationsgeneigten Beobachtern kaum Grenzen der Betätigung setzt. Es lässt sich trefflich fabulieren. Nicht zuletzt deshalb wirken die vielen Szenarien nach der Leitlinie „business as usual“, d.h. optimistische Szenarien, die auf der einfachen Fortschreibung bekannter politisch-wirtschaftlicher Trends basieren, in der Regel nur oberflächlich überzeugend. Dieser Ansicht ist u.a. auch François Heisbourg, der vielleicht klügste Sicherheitstheoretiker in Europa. Er will sogar das folgende negative Szenario nicht als völlig unrealistisch ausschließen:

Schnelles wirtschaftliches Wachstum versorgt die Nationalstaaten mit den notwendigen militärischen Mitteln und führt zu politischen Ambitionen, nationale Sonderinteressen zu verfolgen oder ungeklärte Spannungen und Konflikte gewaltsam zu lösen. Dies wäre die asiatische Version des „August 1914“, als die Stärke, der Einfluss und die Unabhängigkeit europäischer Nationalstaaten zu einer katastrophalen Implosion führten. Wie wahrscheinlich eine solche Entwicklung ist, hängt weitgehend von einem Faktor ab, den die Region selbst nicht kontrollieren kann. Es wird darauf ankommen, ob die Vereinigten Staaten in der Region verbleiben und so intraregionale Konflikte politisch und strategisch beschwichtigen können.²

Man muss die dunkle Perspektive eines solchen Implosionsszenarios nicht unbedingt teilen, aber das ändert wenig an der Wahrscheinlichkeit, dass die Region auch in Zukunft Phasen der politisch bedingten Unsicherheit durchlaufen wird und dass die aus dieser politischen Unsicherheit resultierenden Herausforderungen keineswegs zu unterschätzende „Entwicklungslasten“ darstellen. Auf jeden Fall wird viel politischer Energieaufwand nötig sein, um gegenseitig vorhandenes Misstrauen und konfliktierende Ansprüche unter Kontrolle zu halten. Das heißt: Bilaterale und – mehr noch – multilaterale Vertrauensbildungseinrichtungen müssten umfassender als bisher etabliert und ausgebaut werden, um zu verhindern, dass die Region in unruhige Wetterzonen gerät. Die gegenwärtig existierenden Organisationen wie z.B. das so genannte ASEAN Regional Forum können diesem Anspruch kaum gerecht werden, allein schon deshalb nicht, weil nicht zu erwarten ist, dass sich China und die anderen nordostasiatischen Staaten auf Dauer die gesamtregionale Sicherheitsagenda von den kleineren südlichen Anrainern vorschreiben lassen.

2.2 Problemfeld 2: Kommende Ordnungsdispute?

Im Verlaufe eines – wie zu vermuten ist – fortlaufenden dynamischen Aufstiegs der Mehrheit der ostasiatischen

²H.W. Maull, G. Segal, J. Wanandi (Hrsg.), *Europa und Asien-Pazifik*, München, 1999, S.279.

Volkswirtschaften dürfte es innerhalb des globalen Wirtschaftsgefüges mit großer Wahrscheinlichkeit zu grundlegenden und langwierigen Auseinandersetzungen über die zukünftige organisatorisch-institutionelle Ausgestaltung der weltwirtschaftlichen Ordnung kommen. Anders gesagt: Mit Sicherheit ist die World Trade Organization nicht der Welt letzte Antwort auf gemeinsame westlich-asiatische Ordnungsbedürfnisse. Bestenfalls wird sie ein Feld „antagonistischer Kooperation“ sein.

Um nicht unnötig alarmierend zu wirken, muss man jedoch einräumen, dass diese internationalen Ordnungsdispute kurz- oder mittelfristig aller Voraussicht nach keine wirklich stabilitätsgefährdende Brisanz annehmen werden. Das dürfte zumindest solange gelten, wie Japan die wirtschaftliche Vormacht in Ostasien bildet. Denn trotz aller wirtschaftlichen Größe fehlt es dem Inselstaat, wie Zbigniew Brzezinski (*Out of Control. Global Turmoil on the Eve of the 21st Century*, 1993) kritisch hervorgehoben hat, an zwei der drei „Attribute“, die eine große Ordnungsmacht definieren, an militärischer Potenz und mehr noch an einer „message“, die für die Welt hinreichend attraktiv ist, um als international tonangebend akzeptiert zu werden.

Nationalistische chinesische Intellektuelle – (Leitmotiv: „*Zhongguo keyi shuo bu*“ / „China kann Nein sagen“) – haben Brzezinski auf ihre Art zugestimmt: „Amerika kann nur sich selbst führen, Japan kann nicht einmal sich selbst führen!“ Es versteht sich beinahe von selbst, dass die „sozialistischen Patrioten“, wenn es um überlegene regionale Ordnungskompetenz geht, für China als eine überzeugende Zukunftsinstanz durchaus Sympathie aufbringen. Bis jedoch – wenn überhaupt – damit zu rechnen ist, dass China eine impulsgebende materielle, politische und geistige Ordnungsrolle in der Gesamtregion zu spielen vermag, werden mindestens noch zwei bis drei Jahrzehnte vergehen. Dann jedoch würde es darauf ankommen, ob das Land nicht nur nein, sondern auch ja sagen kann, was sich bekanntlich als wesentlich schwieriger zu erweisen pflegt. Unabhängig von diesen Überlegungen: In der bisherigen Geschichte der Staaten und Reiche hat sich der Übergang von einer Ordnungsmacht zur anderen noch niemals als reibungsloser „Stabwechsel“ vollzogen.

2.3 Problemfeld 3: Konkurrierende Unternehmenswelten – ein Szenario

Wie auch immer man die zukünftigen Entwicklungsaussichten Chinas einschätzt, falls es dem Land gelingen sollte, seine politischen und wirtschaftlichen Positionen nachhaltig auszubauen und in jeder Hinsicht zu einem großen „global player“ zu werden, muss auch im Bereich der gesamtregionalen Unternehmenslandschaft, d.h. in der Welt nichtstaatlicher (subnationaler und transnationaler) Akteure, mit der Möglichkeit gravierender Veränderungen gerechnet werden. Zwei verschiedene „strategische Unternehmenskonfigurationen“ könnten dann um die Gestaltungsdominanz in der ostasiatischen Wirtschaftsregion rivalisieren. Zum einen geht es um die bekannten transnationalen Produktionsnetzwerke der großen japanischen Konzerne. Zum anderen sind nicht nur die Asienexperten der Weltbank und anderer internationaler Institutionen Mitte der neunziger Jahre zu der Überzeugung gelangt,

vielen spreche dafür, dass sich in der Region neben den japanischen Netzwerken „panchinesische Unternehmensallianzen“ als „Lords of the Rim“ etablieren werden. Die entsprechenden Leitbegriffe sind seither „Greater China“, „Chinese Economic Area“ und „Fourth Growth Pole of the World Economy“.

Die Rivalität zwischen diesen beiden Unternehmenswelten würde nicht nur eine entscheidende neue Dimension für die Ausformung regionaler Kooperations- und Wettbewerbsmuster (sowohl innerhalb einzelner Länder als auch grenzüberschreitend) beinhalten, sondern auch starke Impulse zur Verschiebung der Gewichte in der gesamten Weltwirtschaft aussenden. Trotz der Autorität der Weltbank lässt sich jedoch nicht verschweigen, dass dieses Rivalitätsszenario viel Zukunftsmusik enthält. Aus der Dimension des Möglichen könnte auf längere Sicht nur dann Realität werden, wenn China seinen seit rund 140 Jahren angestrebten „Modernisierungsdurchbruch“ in seiner gesamtnationalen Entwicklung schließlich doch noch im nunmehr sechsten historischen Anlauf zu erzielen vermag.

2.4 Problemfeld 4: Japan – „Reaktion“ und „Aktion“

In Japan wird im Rückblick auf die neunziger Jahre nicht selten von einem „verlorenen Jahrzehnt“ gesprochen. Ob dies für Japans eigene Position wirklich zutrifft, darüber ließe sich trefflich diskutieren. Kaum zu bestreiten ist hingegen, dass Japan während der großen Krisenphase in Ostasien keine gesamtregionale Schubkraft zu entfalten vermochte und folglich als existenziell benötigter „market of last resort“ ausfiel. In diesem Sinn könnte man argumentieren, es habe in Ostasien, als es darauf ankam, ein „verlorenes japanloses Jahrzehnt“ gegeben.

Westliche Japanologen neigen des Öfteren dazu, dem Land ihres Forschungsinteresses und dessen Eliten ein historisch verfestigtes Grundverständnis zu attestieren, das im Wesentlichen von „Reaktionen“ geistiger und institutioneller Anpassung an die jeweils vorgegebene internationale Ordnung gekennzeichnet sei. In großen globalen Umbruchszeiten wie der gegenwärtigen sei Japan daher nahezu definitionsgemäß nicht hinreichend handlungsfähig, jedenfalls so lange nicht, wie die Strukturen des neuen globalen Ordnungsgefüges nicht klar erkennbar seien. Indirekt spiegelt sich hierin das altbekannte Argument wider, in Japan fehle ein meinungsbildendes politisches Establishment. Die Bestimmung des nationalen Interesses werde statt dessen bis heute von der (bei weitem nicht mehr so prestigereichen) Ministerialbürokratie und zunehmend auch von den großen Wirtschaftsverbänden vorgenommen, und diese haben mit allen Bürokratien der Welt gemein, nicht zu kühnen Initiativen zu neigen.

Es geht hier nicht darum, diese Thesen zu bestreiten. Es mag in der Tat so sein, aber ungleich wichtiger erscheint, dass nicht nur im Zusammenhang mit den Krisenabläufen der letzten Jahre übersehen wird, dass das, was aus Sicht des Westens als Anpassungsreaktion bewertet werden kann, im ostasiatischen Kontext mehr oder weniger zwangsläufig Aktion darstellt. Die Ostasiaten sind in einer Position, in der sie auf die Kehrseite der „Reaktionsmedaille“ blicken. Für sie ist Japan eben nicht reaktiv, und seine Handlungen wirken auch nicht so. Wenn Japan

handelt und auch wenn es nicht handelt, ergeben sich für die ostasiatische Region immer und unausweichlich entwicklungsbestimmende (positive bzw. negative) Wegmarken. Die Kosten des Nichthandelns sind in der Krise nur zu deutlich geworden. Es ist bisher wenig Licht auf die Rolle Japans als maßgeblicher Mitverursacher der Krise gelenkt worden. Japans Politik und Wirtschaft waren unter drei wesentlichen Gesichtspunkten direkt oder indirekt an der Krisenentstehung in Ostasien beteiligt.

Zum einen müssen selbst diejenigen, die trotz der (in der Zwischenzeit verstummten) „Look-East“-Appelle der malaysischen Regierung die Existenz eines japanischen Modells für Ostasien (mit Berechtigung) in Abrede stellen, zugestehen, dass Japan das Bewusstsein anderer ostasiatischer Regierungen und Administrationen nachhaltig beeinflusst hat und dass von ihm eine erhebliche gesamtregionale „Inspiration“ – in den Worten Arnold Toynbees: eine Stimulusdiffusion – ausgegangen ist, ähnliche Erfolgswege einzuschlagen. Das hat beinahe überall zu dem aus Japan bekannten Ungleichgewicht zwischen hoher außenwirtschaftlicher Dynamik und relativ schwacher binnenwirtschaftlicher Basis beigetragen. Japan ist der mit Abstand größte Investor zwischen Seoul und Singapur. Es hat die industriellen Produktionsordnungen der meisten ostasiatischen Volkswirtschaften hinsichtlich der vielgepriesenen Stärken wie auch der krisenverschärfenden Schwächen mitgeprägt.

Zum anderen hätte Japan grundsätzlich die Stärke, neben Amerika und der Europäischen Union als dritter großer Bestimmungsmarkt für Ostasien zu fungieren. Nach einigen vielversprechenden Ansätzen zu Beginn der neunziger Jahre hat es seine Rolle als „growth market“ seit Ende 1995 aus verschiedenen Gründen nicht mehr wahrnehmen können bzw. wollen. Nachdem sich die Verantwortlichen in Tokyo Mitte des Jahres 1995 quasi im „Doppelgang“ mit Washington auf einen politischen Stillhaltekonsens verständigt hatten, der faktischen „Abwärtsneigung“ des Yen gegenüber dem US-Dollar nichts entgegenzusetzen, war praktisch vorprogrammiert, dass der japanische Markt (wegen der Verteuerung der auf Dollarbasis getätigten Exportgeschäfte ostasiatischer Fertigwarenhersteller) die von ihm erwartete Rolle nicht mehr hinreichend spielen konnte. Damit hatte sich Japan für sich selbst bzw. sein Verhältnis zu den USA und gegen Ostasien entschieden. Gleichzeitig jedoch steigerten die zahlreichen von japanischen Konzernen dirigierten, so genannten transnational-industriellen Netzwerke in der gesamten Region weiterhin ihre Produktion bis über den Tag hinaus, da die Krise ausbrach.

Zum dritten waren japanische Finanzinstitute führend im „Hineinpumpen“ kurzfristigen Kreditkapitals in die Region, sowohl direkt als auch indirekt im Rahmen einer massiven Kreditvergabepraxis an andere Finanzinstitute weltweit, insbesondere an koreanische. Es grenzt an Ironie der Geschichte, im Nachhinein zu sehen, wie die japanische Bankenwelt nach dem Platzen der eigenen „bubble economy“ am Ende des Heisei-Booms 1990/91 unfreiwillig mithalf, in den anderen Ländern der Region die beschleunigte Entstehung weiterer „bubbles“ zu finanzieren.

Japans Prestige in der Region hat gelitten. Niemand bestreitet, dass seitens der japanischen Regierung und auch der Unternehmen auf dem Höhepunkt der Krisen-

geschehnisse ein mehr als beachtliches Volumen an Hilfekrediten zur Verfügung gestellt worden ist, aber was man in Ostasien von Japan nachdrücklich erwartet hatte, das beschränkte sich nicht auf Kreditzusagen, schon gar nicht solche, die über den IWF „kanalisiert“ wurden. Von Japan hatte man eine allgemeine Hilfe im Krisenmanagement erwartet, indem es die Einfuhren ostasiatischer Fertigwaren massiv ankurbelte, um einen beschleunigten Zufluss an Exporterlösen zur Minderung der dringlichen Liquiditätsschwierigkeiten zu gewährleisten. Das ist nicht geschehen. Um die ebenso geläufige wie irreführende Metapher von der ostasiatischen Wildgänseformation zu verwenden: Die Leitgans wollte nicht fliegen. Sie flatterte zwar mit den Flügeln, aber dann blieb sie sitzen. Seither herrscht in Ostasien eine gewisse Skepsis vor, ob sich diese Konstellation jemals wirklich ändern wird.

2.5 Problemfeld 5: Nationalismus und „asiatisches Modell“

Niemand ist zurzeit in der privilegierten Lage, auch nur annähernd verlässlich vorauszusagen, ob, wie und zu wessen Gunsten sich die für die Zukunftsentwicklung strategisch wichtigen Macht- und Entscheidungsverhältnisse zwischen den (National-)Staaten und so genannten nicht-staatlichen Akteuren in Wirtschaft und Gesellschaft (subnationale und transnationale Institutionen) verschieben werden. Seit längerer Zeit wird im Westen mit mehr oder weniger großer „hypnotischer Kraft“ über das nahende Ende der Nationalstaaten als Hauptakteure in der internationalen Arena diskutiert. Der unwiderstehliche Erosionsdruck auf das traditionelle politische Entscheidungsmonopol der nationalstaatlich-politischen Instanzen werde, so heißt es, von zwei Seiten ausgeübt. Wirtschaftlich handle es sich in erster Linie um die politisch „entbetteten“ Kräfte der Globalisierung und gesellschaftlich um die zunehmende Macht der Myriaden von Nichtregierungsorganisationen, in deren wachsendem Einfluss sich die Selbstbehauptungskraft der Zivilgesellschaften widerspiegele.

Dem Verlauf dieser Diskussionen verdanken wir zwar eine Fülle anregender Gedanken, aber leider ist nicht immer ersichtlich, inwieweit der Wunsch dabei väterliche Hilfe geleistet hat. Unbestreitbar ist hingegen, dass das Zeitalter des Nationalismus in Asien seinen Zenit noch nicht erreicht hat. Die politischen Eliten der großen und auch der kleineren Staaten in der Region sind ungebrochen von ihrer nationalen Mission überzeugt. Die Übertragung von Entscheidungsmacht an nichtstaatliche Institutionen oder auch das, was man in der Europäischen Union „pooling of sovereignty“ nennt, d.h. Transfer von Entscheidungsrechten auf supranationale Einrichtungen, sind dem Hauptstrom des weltanschaulichen Denkens in Asien nach wie vor fremd. Das gilt insbesondere für politische „Riesengebilde“ wie China oder Indien, die alle Formen multilateraler Entscheidungsfindungen mit deutlichem Misstrauen betrachten – aus ihrer Sicht wahrscheinlich sogar zu Recht; denn Multilateralismus beinhaltet immer auch die hintergründige Hoffnung, die Großen kleiner zu machen.

Mit Blick auf den gesamten Bereich nationalwirtschaftlicher Entwicklungspolitik und strategischer Gestaltung der Entwicklungsabläufe werfen diese Anmerkun-

gen einige ziemlich problematische Fragen auf. Vereinfacht geht es um das Phänomen des „Korporatismus“ bzw. politische Induktion, die im asiatischen Entwicklungsbewusstsein bekanntlich eine Schlüsselrolle spielt, also für das so genannte „asiatische Modell“ geradezu als konstitutiv angesehen worden ist. In der Tat ist die Idee der politischen Induktion („administrative guidance of economic development“) Jahrzehnte lang das alles überschattende Grundmerkmal dieses Modells bzw. dessen gewesen, was die Asiaten häufig als ihre Art des Kapitalismus bezeichnet haben.

Die Krise hat das Prestige dieser besonderen Ordnungsvarianten und das damit verbundene Vertrauen in die überlegene „governance“-Kompetenz der Regierungen/Wirtschaftsadministrationen erschüttert, und der Einfluss globaler Faktoren wie fortschreitende Globalisierung/Regionalisierung des Finanzgewerbes und diverser strategischer Branchen wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Rückkehr zu alten Verhaltensweisen unmöglich machen. Wie sich diese Wandlungstendenzen jedoch auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten der Region konkret auswirken werden, ist eine ungeklärte und gegenwärtig auch nicht zu klärende Frage.

Sowohl Japan als auch China und Malaysia haben bisher nur wenig praktische Neigungen gezeigt, ihre Visionen von der „lichten Zukunft“ einseitig dem Marktgeschehen zu überlassen und sich von ihrem überkommenen „keynesianischen Wirtschaftsverständnis“ zu verabschieden. Auch andere Staaten wie Indonesien und Korea, die sich aufgrund der schweren Krisenturbulenzen existenziell gezwungen sahen, sich den harten Reformdiktaten des IWF zu unterwerfen, haben dies nur aus der Not heraus und mit hinhaltendem Widerstand getan. Bedenklicher noch: Der Glaube, die Krise sei durch ein westliches „Finanzkomplott“ aktiviert worden, dem man zum Opfer gefallen sei, scheint nicht eben selten zu sein. Die Pflege von Konspirationsideen ist keineswegs das alleinige Vorrecht des malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir. Die Ressentiments sitzen tief, und niemand weiß, ob und wenn ja, wann sie in Zukunft an anderer Stelle hervorbrechen werden.

In loser Verbindung zu diesem Opferbewusstsein sollte man sich auch davor hüten vorschnell zu rasonieren, die großen „Asianismus“-Debatten und die „Schlachten um die asiatischen Werte“ gehörten ein für alle Mal der Vergangenheit an. Zwar haben die aus westlicher Sicht durchaus begrüßenswerten jüngsten Demokratisierungstendenzen in mehreren südostasiatischen Ländern die Position der „Voices of Asia“ auch innerhalb der Region geschwächt, aber endgültig gefallen ist die „Feste“ sicherlich noch nicht. Das gilt insbesondere für China, unter dessen „sozialistisch-patriotischen“ Vordenkern man gern betont, der Subkontinent repräsentiere siebzig Prozent Ostasiens.

2.6 Problemfeld 6: China und ASEAN – wachsende Rivalität?

Zu den positiven Entwicklungsmerkmalen der Region gehört zweifelsohne, dass hohe Spar- und Arbeitsdisziplin sowie Offenheit gegenüber ausländischen Kapital-, Technologie- und Know-how-Transfers und andere Faktoren, die die Weltbank 1993 als Ursachen des von ihr kon-

statierten „East Asian Miracle“ ausgemacht hatte, auch weiterhin die ostasiatische Wirtschaftslandschaft zu formen scheinen. Selbst wenn sich in Zukunft die vagen Visionen von einer fest institutionalisierten Organisation für gesamtregionale politisch-wirtschaftliche Kooperation (ASEAN+3 – China, Japan, Korea) realisieren sollten, ist nicht ernsthaft mit der Herausbildung eines geschlossenen asiatischen Wirtschaftsblocks zu rechnen, um westlichen Akteuren den regionalen Zugang zu erschweren. „Open regionalism“ wird aller Voraussicht nach eines der bewährten Leitmotive bleiben.

Andererseits lässt sich nicht übersehen, dass trotz des offenen Regionalismusklimas vor allem zwischen China und den ASEAN-Staaten ein wachsendes Rivalitätsbewusstsein die jeweiligen Ausgangspositionen mitbestimmt. Beide Teilregionen konkurrieren um knappe internationale Kapitalressourcen. Das gilt umso mehr, als die Kapitalströme bis heute nicht wieder das Ausmaß der frühen und mittleren neunziger Jahre erreicht haben und vielleicht auch auf absehbare Zeit nicht erreichen werden. Zudem sind in Lateinamerika während der letzten Jahre starke außerregionale Wettbewerber herangewachsen, allen voran Mexiko und die karibischen Staaten, die sich insbesondere seitens amerikanischer Investoren und Kapitalanleger eines erhöhten Interesses erfreuen.

Angesichts dieser neuen, im Vergleich zur Vorkrisenzeit ungleich restriktiveren Bedingungen genießt China gegenüber den südostasiatischen Ländern einen gewichtigen Vorteil. Aufgrund der subkontinentalen Größe des chinesischen Staates und seiner Gesellschaft sowie auch wegen der weltweit überwiegend positiven Entwicklungserwartungen gegenüber der chinesischen Volkswirtschaft spielt das Argument der Marktpräsenz für internationale Investitionsentscheidungen eine wesentlich größere Rolle als im Falle der relativ kleinen nationalen Einzelmärkte in Südostasien, und im Banne von Marktzugangshoffnungen zeigen sich Investoren in der Regel konzessionsbereiter als unter anderen Ausgangsbedingungen. Es wird also wesentlich darauf ankommen, ob die ASEAN-Regierungen – wie ursprünglich nicht zuletzt mit Blick auf China geplant – wirklich den Durchbruch zu einer gemeinsamen Freihandels- und Investitionszone bewältigen werden. Nur so wären sie in der Lage, ihre globale Position attraktiver zu gestalten. Augenblicklich aber erscheint die elanvolle Aufbruchstimmung aus den Zeiten vor der Krise bedenklich ermattet.

2.7 Problemfeld 7: APEC – Offene Zukunft

Es bedarf mehr als der üblichen akademischen Courage, eine klare Prognose über die weiteren Entwicklungsaussichten des APEC-Forums abzugeben. Alle Betroffenen sind sich bewusst, dass die gesamt pazifische Organisation in ihrem Krisenmanagement schlicht versagt hat. Seit 1997 wirkt sie weitgehend „profillos“. Uneinigkeit herrscht in der Frage, wer die Hauptverantwortlichen für diese Fehlentwicklung sind. Die Krise hat die latent vorhandenen Spannungen zwischen den Forderungen nach einem „harten Institutionenbau“ der westlichen APEC-Mitglieder und dem „weichen“ konsensorientierten Verhaltensbewusstsein der asiatischen Mitglieder erheblich verschärft.

Hinzu kommt, dass insbesondere die Vereinigten Staaten zu keiner Zeit ein ernsthaftes Interesse an multilateralen Lösungsbemühungen der Krisenvorgänge erkennen ließen und statt dessen – so die Ansicht vieler in Asien – unter Einsatz des IWF einseitig ihr eigenes neoliberales Ordnungsverständnis durchzusetzen versuchten. Ende 1997 hatte man in Ostasien noch gehofft, mit Hilfe eines zu gründenden „Asian Monetary Fund“ die Krise innerhalb der Region bewältigen zu können, um so dem Diktat des IWF zu entgehen. Die tragende Rolle für diesen Fonds sollte Japan übernehmen, das anfänglich auch seine Bereitschaft hierzu signalisierte, dann jedoch auf massiven Druck der US-Regierung hin zurückschreckte, um einer ansonsten unvermeidlichen Konfrontation auszuweichen.

Die Erinnerung an diese Vorgänge wird die Leistungsfähigkeit des APEC-Forums mit Sicherheit nicht erhöhen. Die APEC dürfte nur dann eine mehr als ornamentarische Zukunft haben, wenn alle maßgeblichen Akteure bereit wären, die Institution als ein echtes „Dialogforum“ anzuerkennen, das diesen Namen wirklich verdient. Das jedoch ist keineswegs gesichert, nicht einmal wahrscheinlich; denn die letzten drei APEC-Gipfeltreffen erinnerten in fataler Weise an eine große Bühne, auf der vornehmlich die Kunst der Simultanmonologe zelebriert wurde.

Dennoch: Für die Möglichkeit, der APEC wieder eine hinreichende kooperative Substanz zu verleihen, spricht, so erstaunlich es klingen mag, die Parallelexistenz der ASEM. Bedingt durch die gleichzeitige Mitgliedschaft in beiden transregionalen Foren kann sich Ostasien gegenüber der Europäischen Union und Nordamerika auf eine koordinierende Meinungsbildungs- und Verhandlungsposition zubewegen, aufgrund derer sich für die Region die Chancen verbessern, bei weiterer Festigung eigener politischer und wirtschaftlicher Organisationsformen mehr als bisher in den Weltmittelpunkt zu rücken.

3 Ostasien und Indien: Politisch-wirtschaftliche Bilanzen

3.1 Das „Krisen-Puzzle“

1997 erfreute sich das Ensemble der ostasiatischen Volkswirtschaften eines außergewöhnlich kraftvollen zehnjährigen Entwicklungsbooms. Niemand hatte das große wirtschaftliche Desaster vorausgesehen, das Mitte des Jahres – „plötzlich und unerwartet“ – eintrat. Binnen weniger Monate stürzte eine der „Wunderwirtschaften“ nach der anderen in zerstörerischen Notlandungen ab. Was anfänglich wie eine begrenzte Schwäche im Gefüge der regionalen Währungen ausgesehen hatte, weitete sich zuerst zu einer Krise der Finanzdienstleistungen aus, um dann gesamtwirtschaftliche und schließlich auch politisch-gesellschaftliche Krisendimensionen anzunehmen.

Wichtig mit Blick auf die Zukunft ist: Seit Beginn dieser tiefen wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verwerfungen haben sich die Betroffenen wie auch außenstehende Beobachter mehr oder weniger ratlos gefragt, wie es ausgerechnet in der Weltwirtschaftsregion, deren hohe Dynamik (Hochwachstum plus Strukturwandel) ebenso bewundert wie gefürchtet wurde, zu einem derartigen Erdbeben kommen konnte. Die Frage ist bis heute nicht beantwortet,

jedenfalls nicht in einer Weise, die allgemein zu überzeugen vermag.

Das empirische Indizienmaterial ist so vielfältig, dass alle Beobachter ihre voneinander abweichenden Erklärungen – zumindest laut eigenem Urteil – hinreichend abstützen können. Dazu muss man nur das, was nicht mit der eigenen Erklärungsrichtung vereinbar ist, ausblenden oder als irrelevant einstufen. Vereinfacht gesagt, macht eine stattliche Anzahl von Beobachtern in erster Linie ein eklatantes Versagen der Ordnungspolitik in den betroffenen Ländern für den Ausbruch der Krise verantwortlich. Stichwort: bad governance! Fatal erscheint nur, dass viele der „Neokritiker“ noch bis Anfang 1997 das Hohelied vom segensreichen Wirken eben dieser Ordnungspolitik angestimmt und zugleich gravierende westliche Ordnungsdefizite beklagt hatten. Ein zweite Phalanx hat sich darauf verlegt, die Ostasiaten von schweren „Sünden“ freizusprechen und stattdessen ein Versagen der globalen Finanzmärkte, teilweise sogar deren prinzipielle Störanfälligkeit in den Mittelpunkt ihrer Kritik zu stellen.

Aber die Dinge sind bei weitem nicht so klar. Gegen eine einseitige Schuldzuweisung an die internationale Finanzgemeinschaft spräche u.a. die Tatsache, dass die panikartigen Fluchtbewegungen des Kapitals im Herbst 1997 in erster Linie auf das Konto einheimischer südostasiatischer Kapitalbesitzer gingen. In Singapur sind z.B. auch gegenwärtig noch mindestens achtzig Milliarden US-Dollar ethnisch-chinesischen Kapitals aus Indonesien „geparkt“. Im Unterschied dazu haben sich die großen westlichen Kreditgeber im Rahmen längerer Verhandlungen in Paris und Frankfurt um eine Restabilisierung der Finanzsektoren in der Region bemüht. Gegen die einseitige Schuldzuweisung an die von der Krise betroffenen Regierungen und Wirtschaftsführungen ließe sich folgendes einwenden: Wenn die „governance“-Defizite wirklich derart schwerwiegend waren, dass sie mehr als alles andere für den Ausbruch der Krise verantwortlich sind, wie war es dann möglich, dass diese Länder ihre spektakulären Erfolgsgeschichten schreiben konnten? Was die Weltbank 1993 immerhin veranlasste, von einem „East Asian Miracle“ zu sprechen! In den Anfangsjahrzehnten der Entwicklung waren die institutionellen Ordnungsschwächen, Korruption, Günstlingswirtschaft und Kollusion zwischen Politik und Unternehmenswelt – und was auch sonst noch ins „Sündenregister“ Südasiens und Koreas eingetragen worden ist – wesentlich weiter verbreitet als während der neunziger Jahre, ohne dass es zu einer Verlangsamung der Entwicklung, geschweige denn Entwicklungsblockaden gekommen wäre.

Die allgemeine Ratlosigkeit ist nicht eben befriedigend, aber letzten Endes wohl nicht zu vermeiden. Sie zeigt die Grenzen aller sozialwissenschaftlichen Analyseverfahren auf. Leicht polemisch formuliert erwies sich nur so viel: Auch Wunder dauern nicht ewig, und sie sind augenscheinlich auch nicht unfallsicher. Vielleicht besteht jedoch Hoffnung, dass sie sich wiederholen lassen.

Mit all diesen Fragen setzt sich J. Thomas Lindblad in seinem Beitrag „Causes of the Asia Crisis in Retrospective“ überzeugend auseinander. In seiner Ursachenanalyse unterscheidet er nach so genannten „internal and external causes“. Als vier wesentliche interne Ursachenbündel führt er „weak financial regulation“, „premature liberalization“,

„corruption“ und „politicization of economic management“ an. Hinzu kommen aus seiner Sicht die beiden externen Ursachenbündel „foreign speculators massively withdrawing funds thus causing a collapse of currency and financial markets“ sowie „IMF's handling of the crisis which allowed a confidence crisis in local currency markets to develop into a major financial and economic crisis“. Lindblads Fazit: „There is an increasing realization that one cannot speak about a mono-causal explanation of the crisis. Things are not that simple.“

Das sind sie in der Tat nicht. Vielleicht macht es Sinn, auf einen bekannten Sicherheitsterminus der Nuklearexperten zurückzugreifen und das Bild vom „größten anzunehmenden Unfall“ (GAU) einzuführen. Das „GAU-Modell“ basiert auf der Grundannahme, absolute Sicherheit sei prinzipiell unmöglich, sowie auf dem Erklärungsprinzip, dass bei einem zufälligen Eintreten mehrerer, voneinander unabhängiger Kategorien von Unfallursachen (strukturelle und akzidentelle sowie menschliches Versagen), die alle zur gleichen Zeit wirksam werden und ihrerseits wiederum jeweils verschiedene „Ur-Ursachen“ haben, keine Gegensicherungs- und Abwehrmöglichkeiten bestehen, eben weil zwischen den verschiedenen Ursachen kein ursächlicher Zusammenhang besteht, sondern nur einer der definitionsgemäß nicht vorhersehbaren Zufälligkeit des gleichen Zeitpunkts.

Es lässt sich durchaus argumentieren, dass es sich bei der Asienkrise um einen dem GAU analogen destruktiven Geschehensablauf gehandelt habe. Falls das tatsächlich so gewesen sein sollte, dann würde das, so paradox es klingen mag, angesichts der großen Lernfähigkeit der ostasiatischen Gesellschaften zu der optimistischen Annahme berechtigen, dass eine Wiederholung des Krisenszenarios 1997-99 in Zukunft extrem unwahrscheinlich ist. Selbstverständlich soll mit dieser Anmerkung keineswegs behauptet werden, die weitere Entwicklung der Region werde in jedem Fall krisenfrei verlaufen. Krisenfreie Entwicklung ist nirgendwo auf der Welt denkbar, auch in Ostasien nicht. Aber der Ausbruch einer zweiten Krise mit den gleichen Ausmaßen und den gleichen strukturellen Merkmalen ist nicht zu erwarten.

3.2 Japan – Im Banne des Reformdrucks

Wie oben bereits erwähnt, gelten die neunziger Jahre in Japan vielen Führern aus Politik, Wirtschaft und Administration als ein „verlorenes Jahrzehnt“. Mehr noch: Die verfestigten wirtschaftlichen Schwächeerscheinungen, die zu dieser negativen Sicht der jüngsten Vergangenheit geführt oder zumindest beigetragen haben, wirken auch im neuen Jahrhundert fort. Die Grundstimmung im Lande scheint u.a. auch deshalb so pessimistisch, weil die Zeit der Quasistagnation und der großen Besorgnis um die Zukunft des japanischen Wirtschaftssystems für alle Beobachter (innerhalb und außerhalb Japans) völlig überraschend einsetzte. Man sollte sich erinnern: Noch 1989 träumte man in Japan von der kommenden Führerschaft in der Weltwirtschaft und vom Anbruch eines neuen „japanischen Zeitalters“, in dem – so weit waren die Diskussionen bereits gediehen – die japanische Sprache das amerikanische Englisch als *lingua franca* ablösen würde.

Mit der Implosion der überdehnten Finanz- und Immobilienmärkte 1990-91 platzten auch die Illusionen von Japans bevorstehender Weltführungsrolle, Illusionen, die in Japan als Hoffnungen und im Westen als Befürchtungen „gehegt“ worden waren. Post eventum wurde klar, dass die scheinbar unaufhaltsame Expansion der japanischen Wirtschaft auf Kosten einer instabilen „bubble economy“ erkauft worden war – ein Geschehensablauf, der kritische Linksintellektuelle im Lande zu dem sarkastischen Urteil verleitete, Japan repräsentiere den denkwürdigen Musterfall eines „gewaltigen Energieaufwandes rund um ein zentrales Vakuum“.

Seither steht die japanische Gesellschaft an einem Scheideweg ihrer gegenwartsgeschichtlichen Entwicklung, und es ist keineswegs gewiss, dass die notwendigen Richtungsentscheidungen mit hinreichender Konsequenz vollzogen werden. Gegen einen zügigen Aufbruch zu neuen Ufern spricht vor allem die extrem hohe und explosionsartig gestiegene Staatsverschuldung. Sie kann als eines der Indizien gelten, dass die japanische Politik während der neunziger Jahre zu einer realistischen Wahrnehmung der eigenen Interessen nur begrenzt befähigt war. So könnte man zumindest die immer gleichen, geradezu reflexhaften Versuche interpretieren, mit den verfehlten Mitteln einer traditionellen keynesianischen Konjunkturpolitik gravierende strukturpolitische Problemlasten abtragen zu wollen – eine Rezeptur, die bekanntlich nur wenig mehr als Strohfueereffekte erzeugte, weil sie Symptome mit Ursachen verwechselte.

So viel zu kritisch eingefärbten Bewertungen der wirtschaftlich-politischen Entwicklung in Japan! Werner Paschas Beitrag „Japan: Ist ein Ende der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung in Sicht?“³ beweist, dass eine überwiegend optimistisch gestimmte Sicht auf die japanische Wirtschaftslandschaft einschließlich der Fortschritte im wirtschaftspolitischen Reformwerk nicht an mangelnder Überzeugungskraft zu leiden braucht. Im Rahmen seiner bemerkenswert ausgewogenen und systematischen Analyse gelangt Pascha zu folgendem Urteil:

Japan befindet sich nach der hier verfolgten Argumentation in der Phase einer fortgeschrittenen Konsolidierung; zu recht weisen Beobachter auf viele noch verbliebene Probleme hin, aber die Lage ist weniger düster, als viele meinen. Unter der Oberfläche eines in der Performance schwachen Jahrzehnts sammeln und konsolidieren sich Wachstums- und Entwicklungskräfte, welche die japanische Wirtschaft auf die neuen Herausforderungen einstellen.

Man muss Paschas analytischen und prognostischen Aussagen auch deshalb Anerkennung zollen, weil sie eine klare historische Dimension enthalten und einen bemerkenswerten Sinn für historische Prozesse zeigen, ein unter Wirtschaftswissenschaftlern keineswegs allgemein verbreitetes Phänomen. Menschliche Gesellschaften sind eben keine Militärformationen, die auf Kommando Kehrtwendungen vollziehen können, und in den seltenen Fällen, in denen solche Wendungen im ideologisch-revolutionären Sturm erzwungen wurden, hat sich im Nachhinein zumeist

³Erschienen in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Wirtschaftliche Potenziale und politische Stabilität in Asien*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 343, Hamburg 2001, S.99-126.

erwiesen, dass es sich um Wendungen von 360 Grad gehandelt hatte.

Jenseits aller Schnellurteile verbleibt der simple Tatbestand, dass sich das japanische Wirtschaftssystem – „*Nihongata keiei*“ – in der Vergangenheit außergewöhnlich erfolgreich an ein internationales Umfeld anzupassen wusste und seine nachholende Entwicklung extrem schnell vollzog. Es lässt sich zwar nicht mit Gewissheit vorhersagen, ob dieses System sich in den kommenden Jahren so umzugestalten vermag, dass es auch unter den neuen Umfeldbedingungen des „*frontier growth*“ ähnlich wirkungsvoll wie in der Vergangenheit agieren kann, aber es würde schon ein großes Maß an Wunschenken dazu gehören, um ernsthaft zu bezweifeln, dass genügend nationale Substanz vorhanden ist, diesen Umgestaltungsprozess mit Aussicht auf Erfolg anzugehen. In den letzten fünfzig Jahren haben die Japaner wiederholt bewiesen, dass sie erfahrene „*crisis eaters*“ sind. In der Regel hat sich im Nachhinein gezeigt, dass die jeweiligen Krisenzeiten die verborgenen Vorstufen zum nächsten Aufstiegsstadium waren.

3.3 China: vor dem nationalen „Modernisierungsdurchbruch“?

Während der letzten Jahre, in denen die Diskussionen um Asien vorwiegend von der Krise beherrscht wurden, fielen die Namen einiger Länder auffallend selten. Neben Taiwan und Singapur gilt dies vor allem für China, dessen politisch-wirtschaftliche Führung es in beeindruckender Weise verstanden hat, die Auswirkungen der Krisenturbulenzen auf die eigene Wirtschaft und deren Entwicklungsrhythmus relativ gering zu halten. Die Gründe für diesen keineswegs selbstverständlichen Erfolg im politischen Management und in der Abwehr der Krisengefahren sind zu zahlreich, um sie an dieser Stelle aufzulisten. Fest scheint nur so viel zu stehen, dass die (im Vergleich zu anderen ostasiatischen Ländern) immer noch verhältnismäßig begrenzte weltwirtschaftliche Offenheit des Subkontinents ein elementares „Durchschlagen“ der Krise auf das chinesische Finanzsystem verhindert hat. Anders gesagt: Die relativ hohe Kontrolldichte trug wesentlich dazu bei, ein allgemeines „*dérèglement*“ zu vermeiden. Das ist nicht weiter verwunderlich. Was hingegen zur Ver- und Bewunderung Anlass geben kann, sind die Schlussfolgerungen, die man in China aus den Vorgängen 1997/98 gezogen zu haben scheint. An der Öffnungspolitik soll nicht nur festgehalten werden. Sie soll sich noch beschleunigen. Es gehe nur darum, die Lektionen aus der Krise zu lernen und die grundlegenden strukturellen Voraussetzungen für die globale Integration der eigenen Wirtschaft zu verbessern. Der Aufbau entsprechend effizienter Institutionen müsse Vorrang vor allen anderen Schritten haben.

Sebastian Heilmann beschreibt in seinem Beitrag „Die Lektionen der 'Asienkrise': Strukturreformen und Staatskapazität in der Volksrepublik China“⁴ mit großer Klarheit und auch mit Mut zum dezidierten Urteil, das Land habe in den letzten beiden Jahren in allen für die Modernisierung der Wirtschaft wichtigen Bereichen unübersehbare, zum Teil sogar unerwartet deutliche Fortschritte ge-

macht. Das gilt für das Gebiet der wirtschaftlichen Strukturreformen ebenso wie für die reformerischen Vorbereitungen zur Mitgliedschaft in der WTO, und auch die für die politische Stabilität und Steuerungsfähigkeit notwendige „Staatskapazität“ sei heute positiver einzuschätzen als noch 1997/98. Die Aussichten für den „Übergang zur wettbewerbsgestützten Modernisierung“ seien insgesamt erheblich günstiger geworden. In knapper Form heißt es:

Die chinesische Regierung hat in den Jahren 1997 bis 2000 – verstärkt seit dem Amtsantritt Zhu Rongjis als Ministerpräsident im März 1998 – ein unerwartet hohes Maß an Kapazität in der Durchsetzung schmerzhafter, aber notwendiger Reformen bewiesen ... Für die Jahre 1998-2000 müssen selbst China-Skeptiker einräumen, dass das Land begonnen hat, den endgültigen Durchbruch zu einer international integrierten Wettbewerbswirtschaft zu vollziehen und dass die politische Führung sich im Hinblick auf die wirtschaftlichen Strukturreformen als tatkräftig erwiesen hat.

Dennoch, so Heilmann warnend, „sollte nach den Erfahrungen der vergangenen zwanzig Jahre kein Platz für China-Euphorie sein. Wir müssen einen nüchternen Blick nicht nur auf die aktuelle wirtschaftliche Dynamik richten, sondern auch auf die wirtschaftsstrukturellen, politischen und sozialen Risiken, die mit den jüngsten Entwicklungen einhergehen“. Ein Caveat, dem man die Zustimmung nicht verweigern kann! Der China-Euphorie sollte in der Tat kein Raum gewährt werden.

Während der letzten Jahre ist mit großer, bisweilen nicht hinreichend kritischer „Entdeckerfreude“ über den Fortgang wirtschaftlicher Reformen und über marktfördernde Liberalisierungsvorhaben, aber nur sehr sporadisch über die Welt der Plan- und Kommandowirtschaft berichtet worden. Fast wollte sich der Anschein einstellen, es gebe diese Welt nicht mehr, allenfalls in Restbeständen. Jedoch: „Stets findet Überraschung statt, dort, wo man's nicht erwartet hat.“ Zu Beginn des Jahres 2001 belehrten die chinesischen Zentralinstanzen sich selbst und auch die außenstehenden Beobachter eines Besseren und stellten mit unvermutetem „Werbe- und Propaganda-Aufwand“ einen neuen Fünfjahresplan der nationalen Entwicklung vor. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit wäre es zwar wenig realistisch, dem jetzigen Planwerk eine praktisch-politische Bedeutung zuzumessen, die über das Schattendasein aller früheren Pläne nach 1957 hinausginge, aber das sollte nicht zu dem Umkehrschluss verleiten, die Plandokumente hätten überhaupt keine nennenswerte politische Funktion. Wem also dient die öffentliche Inszenierung, die Zurschaustellung der restaurierten „Planmonstranz“?

Aller Vermutung nach dient sie zwei Zwecken: Zum einen sendet sie stabilisierend wirkende Signale an die (immer noch) zahlenstarke Fraktion orthodoxer Führungskader in Staat und Partei aus, man werde auch weiterhin am „Grundprinzip des sozialistischen Weges festhalten“. Es werde auch in Zukunft eine Wirtschaftssphäre unter direkter politisch-administrativer Kontrolle geben und folglich eine breite Macht- und Pfründenbasis für die politische Kaderschaft. Zum anderen wird der chinesischen Gesamtgesellschaft implizit demonstriert, dass man unter allen Umständen an der planvollen „Führung durch die Partei

⁴Erschienen in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Wirtschaftliche Potenziale und politische Stabilität in Asien*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 343, Hamburg 2001, S.57-75.

festhalten“ werde, gilt dieser Führungsanspruch doch laut Deng Xiaoping als das Grundprinzip aller Grundprinzipien des Parteistaates.

Ähnliche Motive scheinen auch für die Ankündigung zuzutreffen, die nationalen Militärausgaben im Staatshaushalt deutlich (+18%) zu erhöhen. Relativierend ließe sich einwenden, dass die tatsächlichen Gesamtausgaben für den militärischen Bereich nach Schätzungen westlicher Experten mindestens das Dreifache des im Staatshaushalt ausgewiesenen Niveaus betragen, und es ist nicht bekannt, ob die verdeckten Teilbudgets ebenfalls angehoben werden. Wenn nicht, wären die realen Ausgabensteigerungen nur bescheidener Natur. Ferner soll ein Großteil der zusätzlich bereitgestellten Mittel der Verbesserung der Einkommenslage der Soldaten dienen. Die Stärkung des „militärischen Momentes“ innerhalb der Gesamtausgaben für die Streitkräfte fiele unter diesen Umständen also erheblich geringer aus, als die politischen Posaenklänge suggerieren. Geht es letzten Endes in erster Linie darum, nach innen einen Zustand „prästabiler Harmonie“ zwischen den reformorientierten Kräften der Parteiführung und dem Militär zu demonstrieren und nach außen (insbesondere gegenüber den USA und Taiwan) die Botschaft nationaler Entschlossenheit zu senden?

Wichtig für die Beurteilung der weiteren chinesischen Entwicklungsperspektiven scheinen solche Einzelvorgänge wie die eben beschriebenen vor allem deshalb, weil sie von der anhaltenden Existenz klarer politisch-ideologischer Bewusstseinsgefälle innerhalb des nationalen Führungsgefüges zeugen. Das lässt erahnen, welchen Schwierigkeiten China entgegengeht, wenn in der nahen Zukunft die nächste Dimension der Reformpolitik erschlossen werden muss, was ohne tiefgreifende Wandlungen des gegenwärtig vorherrschenden Politikverständnisses nur schwerlich zu bewältigen wäre.

Auf der Habenseite der Entwicklung der letzten Jahre stehen die augenscheinlich positiven Wachstumsleistungen von sieben bis acht Prozent im Jahresdurchschnitt. Aber auch hier zwingen der zweite und dritte Blick zur Nüchternheit. Erstens wäre das reale Wachstum unter Bedingungen einer „nichtsozialistischen Marktwirtschaft“ um einiges niedriger, als es die offiziellen chinesischen Statistiken ausweisen. Die Weltbank geht von einer Differenz bis zu zwei Prozentpunkten aus. Mit anderen Worten: In den chinesischen Wertschöpfungsstatistiken sind verborgene Elemente der „Wertzersetzung“ enthalten. Zweitens ist das Wachstum der letzten Jahre massiv über wiederholte Rekorddefizite im Staatshaushalt finanziert worden. Ohne diese gewaltigen staatlichen Beiträge läge das Wachstum der Wirtschaft bei bloßen drei bis vier Prozent. Der keynesianische „*approach*“ der chinesischen Regierung ist bisher nur deswegen nicht an harte Grenzen gestoßen, weil die Sparneigung der privaten chinesischen Haushalte ungebrochen scheint – ein Tatbestand, der sich u.a. im latent deflationären Klima des Landes widerspiegelt. Von hohen Sparleistungen kann die politische Führung aber nur solange ausgehen, wie sie das Vertrauen der Bevölkerung in die Stabilität des Staates und des von ihm gestützten Finanzsystems zu wahren weiß.

Dieses Vertrauen in die „governance“-Kompetenz der Regierung wird auf mittlere bis längere Sicht aber nur dann Bestand haben, wenn es der politisch-wirtschaftli-

chen Führung gelingt, das Eigenwachstum der Wirtschaft zu beleben und die Dynamik des Wirtschaftsrhythmus wieder zu erhöhen. Die spektakuläre Boomphase 1992-97 wurde durch die konsequente Nutzung von Wachstumspotenzialen angetrieben, die ihrerseits ihre Freisetzung den wirtschaftlichen Reformen der Jahre 1992/93 verdankten. 1997 hatten sich diese reformbedingten Wachstumsquellen weitgehend erschöpft. Um aber neue Wachstumspotenziale zu erschließen, bedarf es neuer Reformschritte. Die Tatsache als solche ist der Führung bekannt. Bereits im März 1998 hatte Ministerpräsident Zhu Rongji vor dem Nationalen Volkskongress die beschleunigte Umsetzung mehrerer großer Liberalisierungsvorhaben, die einen Umbruch der gesamten Eigentumsordnung der Volksrepublik nach sich ziehen würden, voll Optimismus angekündigt. Es sind bisher jedoch – aus welchen Gründen auch immer – nur halbherzige Schritte auf diesem sowohl sozial als auch ideologisch-politisch brisanten Terrain unternommen worden.

3.4 Südostasien – Nachwehen einer Krise

Die wirtschaftlich-politische „Großwetterlage“ Südostasiens im Jahr 2001 wird trotz beachtlicher Erfolge im Krisenmanagement der meisten Länder weiterhin von den Nachwirkungen materieller und psychologischer Unsicherheiten mitbestimmt, die man in den Zeiten vor der Krise längst überwunden glaubte. Besonders augenfällig ist die anhaltende Schwächung des Gemeinschaftsgefühls innerhalb der ASEAN. Vom früheren, häufig als vorbildlich gelobten ASEAN „*consensus way*“ scheint zurzeit nur wenig mehr als die Erinnerung geblieben. Der große Elan, mit dem sich die ASEAN-Regierungen vor 1997 auf den Weg zum Aufbau einer gesamtregionalen Freihandels- und Investitionszone (AFTA) gemacht hatten, wirkt merkwürdig verblasst, und die jüngsten verbalen Bekenntnisse der einzelnen Mitglieder, grundsätzlich am Ziel der gemeinsamen kooperativen Gestaltung der AFTA festhalten zu wollen, stehen im unaufgelösten Widerspruch zu den kompromisslosen Absichtserklärungen der meisten Länder (Ausnahme Singapur), mit Sonderregelungen für einseitig deklarierte „sensitive Bereiche“ arbeiten zu wollen. Wie lange diese Phase mangelnden Kooperationswillens und nationaler Alleingänge andauern wird, lässt sich heute nicht verlässlich prognostizieren.

Es muss daran erinnert werden: Das relativ hohe Maß an gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit der ASEAN (im Vergleich zu anderen nichtwestlichen Regionalgruppierungen) beruht(e) u.a. auf der Anerkennung einer informellen „Hierarchie“ unter den Mitgliedsstaaten, die sich im Verlaufe von drei Jahrzehnten als starkes stabilitätsförderndes Element herausgebildet hatte. Indonesien, das mit 210 Millionen Menschen rund vierzig Prozent der Gesamtbevölkerung Südostasiens stellt, war nach und nach eine faktische Meinungsführerschaft zugewachsen. In der Gemeinschaft machte das Wort die Runde, während der ASEAN-Konferenzen würden die teilnehmenden Minister mehr darauf hören, wie der indonesische Vertreter schweigt denn wie der zuständige Minister Singapurs spricht.

Die anhaltende wirtschaftliche Leistungsschwäche und die politisch instabile Lage in Indonesien haben zu ernst-

haften Auflösungserscheinungen der gewohnten Hierarchie geführt. Die forcierten Versuche Thailands, die verwaiste Position des Archipelstaates zu „okkupieren“, sind an den gemeinsamen Abwehrreflexen Vietnams, der beiden anderen Indochinastaaten und Myanmars gescheitert. In diesem Zusammenhang durchzieht eine weitere Spannungslinie die Gemeinschaft, die bis 1997 in der gegenwärtigen Form und Schärfe nicht zu erkennen war – die Distanz zwischen den ASEAN-Mitgliedsstaaten mit demokratisch-parlamentarischer Ordnung und den autoritär bzw. halbautoritär gelenkten Staaten.

Zu den konsensschwächenden Tendenzen in der Gemeinschaft haben schließlich auch die divergierenden politischen Prozesse beigetragen, in deren Rahmen die einzelnen Regierungen die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Krisenverwerfungen in ihren Ländern einzuebnen versuchten. Insbesondere Malaysia ist ab Mitte 1998 konsequent, d.h. ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Nachbarn, seinen Sonderweg im politischen Krisenmanagement gegangen – eine Tatsache, die in Indonesien offen als „beggar-thy-neighbour“-Politik kritisiert wurde. Zu den wirtschaftlichen Hebeln, mit deren Hilfe Malaysia die akute Krisenphase erstaunlich rasch überwinden konnte, gehörten u.a. Kapitalverkehrskontrollen, die administrative Fixierung des Wechselkurses Ringgit-US-Dollar, massiver politischer Rückkehrdruck auf malaysisches Offshore-Kapital, eine bewußte Lockerung der Kreditvergabekriterien durch die Staatsbank, um die Nachfrage nach Kapital- und Konsumgütern zu beleben, sowie die Errichtung staatlicher Auffanggesellschaften für Finanzinstitute und Industrieunternehmen, die in Schiefelage geraten waren.

Dieses Konzept, das in harten regierungsinternen Machtkämpfen zwischen dem malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir und seinem Stellvertreter Anwar Ibrahim durchgesetzt wurde, war in einer klaren Gegenposition zu den programmatischen Forderungen des IWF entworfen worden. Es hatte in der Tat den Charakter einer expliziten Herausforderung. Die heftige Kritik des Währungsfonds wie auch die Unkenrufe der Experten in den volkswirtschaftlichen Abteilungen der großen westlichen Finanzinstitute verstummten dennoch nach kurzer Zeit, weil die malaysische Linie einen entscheidenden Aktivposten aufwies. Sie war erfolgreich. Es mag zutreffen, dass die langfristigen Probleme der malaysischen Wirtschaft, wie neoliberale Kritiker argwöhnen, durch diesen Erfolg nur überdeckt sind, aber zumindest hat das Land wertvolle Zeit gewonnen.

Die öffentlichen Diskussionen in mehreren anderen ASEAN-Ländern lassen darauf schließen, dass einflussreiche Meinungsgruppen dem malaysischen Weg gern gefolgt wären, statt sich dem harten Diktat des IWF zu unterwerfen. Das gilt insbesondere für Indonesien, aber auch für Thailand. Der malaysische Weg war diesen Ländern jedoch versperrt. Malaysia konnte das, was es als seine „wirtschaftliche Souveränität“ verstand, gegen den Druck des IWF aufrechterhalten, weil seine Auslandsschulden insgesamt relativ gering und der Anteil des krisenauslösenden kurzfristigen Kapitals niedrig war. Indonesien und Thailand mussten sich dem Regime des IWF beugen, wenngleich mit hinhaltendem Widerstand, weil sie ihren Schuldendienstverpflichtungen gegenüber dem Aus-

land nicht mehr nachkommen konnten. Aber Zwang ist nicht Überzeugung.

Der IWF hat mit seinen Radikalrezepten leider weniger zum wirtschaftspolitischen Bewusstseinswandel in Südostasien beigetragen als zur Pflege von (antiwestlichen) Ressentiments. Seine Autorität hat gelitten. Das gilt insbesondere, weil die für den IWF-Kurs Verantwortlichen – sie saßen, wie viele in Südostasien glauben, nicht nur im Währungsfonds selbst, sondern auch in der amerikanischen Regierung – aufgrund der politisch und gesellschaftlich destabilisierenden Wirkungen der einseitig verschriebenen Rosskur einen Kurswechsel vollzogen, der mit den anfänglich verkündeten „absoluten Wahrheiten“ nicht in Einklang zu bringen war. J. Thomas Lindblad beschreibt die Vorgänge in seinem Beitrag wie folgt: „The IMF was accused of prescribing a standard recipe, regardless of local conditions – like a doctor sticking to the same cure for all illnesses ... So, it might be true that the IMF through unwise action made the crisis worse but that is still a far cry from causing it.“

3.5 „Sonnenschein“ über Korea?

Die Republik Korea hat nach allgemeiner Überzeugung unter allen von der Krise betroffenen Ländern das größte Engagement mit Blick auf ordnungs-, struktur- und prozesspolitische Reformen à la IWF-Programmatik gezeigt. In der Umgestaltung des Sektors für Finanzdienstleistungen wurde dabei das höchste Maß an Konsequenz erreicht. Als etwas weniger konsequent haben sich die bisherigen Reformunternehmungen in der erweiterten Industrierwirtschaft erwiesen. Am stärksten fällt die Kritik an der „unvollendeten Revolution“ in der koreanischen Wirtschaftsordnung hinsichtlich der Handvoll der großen Verbundkonzerne (*chaebol*) aus, deren Taktik gegenüber der Regierung, wie Skeptiker in Korea beklagen, vom Prinzip des „Aussitzens“ der Probleme bestimmt sei. Es ist nicht einfach zu beurteilen, inwieweit die Befürchtungen der koreanischen und ausländischen Kritiker vor einem zu frühen Versiegen des politischen Reformflusses wirklich berechtigt sind. Die extrem hohen Wachstumsleistungen der letzten beiden Jahre könnten in der Tat täuschen, so wie sie vor Ausbruch der Krise die gravierenden strukturellen Defizite der koreanischen Wirtschaft überblendet hatten. Zahlreiche koreanische Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsjournalisten sind nicht müde geworden, vor dieser Möglichkeit zu warnen. Sie befürchten, die neue Dynamik spiegele nur eine trügerische Scheinerholung wider.

Andererseits ist nicht immer ersichtlich, ob diese Befürchtungen wirklich ernst gemeint sind oder ob die Kritiker nur die sperrige Realität mit der Elle ihrer theoretischen Modelle messen, um im öffentlichen Diskurs zu bleiben. Positiv ist auf jeden Fall zu vermerken, dass die frühere „can-do“-Mentalität („Wir können alles!“) – zumindest zurzeit – einer neuen „Nachdenklichkeit“ und Bereitschaft zur Selbstüberprüfung gewichen ist. Sollte sich dieser krisenbedingte Bewusstseinswandel als beständig erweisen, brauchte man sich um Koreas weitere wirtschaftliche Entwicklung wohl kaum zu sorgen. Korea ist OECD-Mitglied, aber es ist noch relativ weit vom Status einer ausgereiften Industrie-, Technologie- und Informationsna-

tion entfernt. Um die Lücke zu schließen, bedarf es der Realitätsnähe.

Wie groß die materielle Bedeutung einer nachhaltigen starken und breiten Wirtschaftsbasis für die Durchführung einer konstruktiven gesamtkoreanischen Politik in der Tat ist, beschreibt Patrick Köllner detailliert in seinem Beitrag „Das Gipfeltreffen von Pyonyang und die Perspektiven der innerkoreanischen Beziehungen“.⁵ Auch auf diesem Feld wirkt sich die eben angesprochene neue Nachdenklichkeit hilfreich aus. Der unreflektierte Optimismus vergangener Jahre, die Bürden der möglichen Vereinigung des Südens und des Nordens der koreanischen Halbinsel ohne Mühen tragen zu können, hat sich in Nichts aufgelöst. Zum einen ist heute allen Verantwortlichen bewusst, welche Kosten mit der forcierten nachholenden Entwicklung des Nordens verbunden wären. Zum anderen wissen aufgrund der Krisenerfahrungen alle Instanzen, dass die Wirtschaft des Südens weit störungsanfälliger ist als in den „can-do“-Zeiten vermutet. Köllner kommt deswegen zu dem überzeugenden Urteil, die jüngsten Geschehnisse hätten zu einer „neuen Orthodoxie im Denken“ geführt:

Heute sieht die landläufige Argumentation so aus, dass es kurz- bis mittelfristig nicht zu einer Vereinigung kommen wird, weil man sich diese gar nicht leisten kann. Mit anderen Worten: Was nicht sein darf, wird nicht sein ... Sollte der Ansatz des Südens Früchte tragen, ist Kim Dae-jung ein besonderer Platz in den Geschichtsbüchern sicher. Dabei sollten aber die Risiken nicht unterschätzt werden. Bisher ist nämlich keineswegs klar, dass die Bereitschaft des Nordens zu Dialog und selektiver Kooperation mit dem Süden auch tatsächlich auf einem echten Einstellungswandel basiert.

3.6 Indien – ein „anderes Asien“

Indien, das neben China weltweit größte politische Gemeinwesen, gehört zweifelsohne zu Asien, aber es ist ein anderes Asien als die Region entlang der pazifischen Gestade. Diese Sichtweise ist der indischen Politik und Gesellschaft nicht nur aus westlicher Richtung aufgezwungen worden. Im politischen Establishment des Landes hat man immer wieder beklagt, dass die Weltgemeinschaft, insbesondere der Westen, dem großen „Rivalen“ China permanent einen Zukunftsbonus gewähre, während an Indien gleichzeitig unverständlich restriktive Maßstäbe angelegt würden.

Aber auch die Ostasiaten haben bisher erhebliche „Berührungängste“ gegenüber der subkontinentalen Vormacht Südasiens gezeigt. So haben sie Indien die Mitgliedschaft im Asia-Europe-Meeting (ASEM) auf asiatischer Seite verweigert. Begründet wurde die Ausgrenzung mehr oder weniger offiziell mit der Existenz des ebenso dauerhaften wie virulenten indisch-pakistanischen Konfliktgeschehens. Man wolle, so wurde kolportiert, den europäisch-ostasiatischen Dialog nicht mit diesen gravierenden Problemfaktoren belasten, d.h. die Entwicklungschancen in den westeuropäisch-ostasiatischen Beziehungen keinen zusätzlichen Risiken aussetzen. Auch

die wiederholten Annäherungsbemühungen Indiens an die ASEAN wurden seitens der Südasiaten diplomatisch verklausuliert, aber dennoch konsequent blockiert.

Das lässt erahnen, dass es im distanzierten indisch-ostasiatischen Verhältnis letzten Endes nicht wirklich um politische Fragen geht. Inoffiziell konnte man in Südostasien in der Vergangenheit immer wieder das Argument hören, Indien gehöre zwar geographisch zu Asien, aber es habe nicht den wirtschaftlichen Leistungsnachweis erbracht, der zur Mitgliedschaft in den großen regionalen Organisationen berechtige. Es sei einfach kein „high performer“. So viel zur Vergangenheit!

Aber es erscheint durchaus möglich, dass es in Zukunft zu einem „*rapprochement*“ zwischen Ostasien und seinem bisher ungeliebten Regionalnachbarn kommt. Erstens haben die Überlegenheitsgefühle in Ostasien, insbesondere in Südostasien, man spiele in einer anderen Wirtschaftsliga, im Verlauf der Krise deutlich gelitten. Zweitens „figurieren“ Indien seit einigen Jahren in den sicherheitspolitischen Planspielen vieler regierungsnaher Denkfabriken Südasiens als ein langfristig wichtiger Baustein, um die wachsende politische und wirtschaftliche Macht Chinas einzudämmen. In einem auf Ostasien begrenzten Sicherheitsrahmen gäbe es kein angemessenes Gegengewicht zu China, und es scheint aus der Wahrnehmung der Betroffenen keineswegs garantiert, dass die Vereinigten Staaten – als „benign superpower“ – ihre Ordnungspräsenz in der Region auf Dauer aufrechterhalten werden.

Es wird also darauf ankommen, wie schnell und nachhaltig Indien seine wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale auszuschöpfen und ein hinreichendes Maß an politischer Stabilität innerhalb des Landes sowie in der gesamten südasiatischen Region zu gewährleisten vermag. In seinem Beitrag „Entwicklungsperspektiven der indischen Wirtschaft: gutes Potenzial – schlechte Politik?“ zeichnet Michael von Hauff ein gedämpft optimistisches Bild. Wie er selbst implicite argumentiert, findet er sich mit seinem Gesamturteil im „Mainstream“ der indischen Experten wie auch der ausländischen Indienbeobachter wieder. In der einleitenden Passage und zum Ende seines Beitrages heißt es jeweils:

Die wirtschaftliche Entwicklung in Indien war zu Beginn der 90er Jahre durch den eingeleiteten Reformprozess, d.h. durch die Liberalisierungspolitik mit hohen Erwartungen verknüpft. Viele Wirtschaftsexperten erwarteten, dass Indien zu den Tigerstaaten bzw. der asiatischen Ländergruppe der „Miracle Economies“ aufsteigen würde ... In der Zwischenzeit ist bei vielen Wirtschaftsexperten in Indien, aber auch im Ausland, eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich der erhofften wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten.

Das Entwicklungspotenzial der indischen Wirtschaft ist gegenwärtig bei weitem nicht ausgeschöpft. Es bietet für inländische und ausländische Investoren noch vielfältige Möglichkeiten. Wesentliche Defizite begründen sich aus den unzureichenden politischen Rahmenbedingungen ... Positiv ist weiterhin hervorzuheben, dass Indien zu den wirtschaftlich und politisch relativ stabilen Ländern der Region zugeordnet werden kann und daher bei der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung keine besonderen Einbrüche zu erwarten sind.

⁵Erschienen in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Wirtschaftliche Potenziale und politische Stabilität in Asien*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 343, Hamburg 2001, S.77-97.

4 Statt eines Fazits

Zum Ende der akuten Krisenphase konnte man in verschiedenen Ländern Südostasiens wie auch in Korea Stimmen hören, die der Krise ihrer Wirtschaften und Gesellschaften durchaus auch die Wirkung eines verborgenen Segens zuschrieben. In einer zwei Jahre vor Krisenbeginn veröffentlichten Abhandlung mit dem Titel *The Asian Renaissance* hatte Malaysias früherer Stellvertreter Ministerpräsident Anwar Ibrahim eine kritische Zukunftsbotschaft formuliert, die im Sog des narkotisierenden Fortschrittsoptimismus – „Die Zukunft wird besser, die Zukunft ist unser“ – damals kaum Gehör fand. Heute gilt diese Botschaft praktisch als geistiges Gemeingut in der ostasiatischen Region, und das lässt hoffen:

Das wirtschaftliche Wachstum Asiens wird vor allem davon abhängen, ob der Kontinent in der Lage ist, mit dem Tempo der weltweiten Verschiebungen in Richtung neuer wirtschaftlicher Strukturen mitzuhalten, deren Energie aus den Köpfen und nicht aus der Muskelkraft stammt ... Demgemäß wird die Bedeutung der Erziehung und der menschlichen Ausbildung in dem Maß entscheidend sein, in dem Asien danach strebt, eine eigenständige wissenschaftlich-technologische Kultur zu entfalten, und ebenso wird es um die Neugestaltung gegenwärtiger gesellschaftlicher Konstellationen gehen, die von der hierarchischen Natur des industriellen Zeitalters herrühren. Asien muß sich einem Paradigmenwechsel unterziehen.⁶

* Bei diesem Aufsatz handelt es sich um eine leicht abgewandelte Version des Beitrags von Rüdiger Machetzki unter demselben Titel in dem von Werner Draguhn herausgegebenen Sammelband *Wirtschaftliche Potenziale und politische Stabilität in Asien*, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 343, Hamburg 2001, S.127-152.

⁶Anwar Ibrahim, *The Asian Renaissance*, Singapore, Kuala Lumpur, 1996, S.131.